#neudenkenheisst
#neudenkenheisst
#neudenkenheisst
Raiffeisen Bank International
Meine Business-Bank.

„Österreich macht bei Digitalsteuer Harakiri“

Interview. Die EU hat es auf die US-Internetriesen abgesehen. Wien will die Digitalsteuer noch bis Jahresende einführen. Doch der Plan sei schädlich, warnt Uniprofessorin Deborah Schanz. Die meisten europäischen Firmen wären mitbetroffen.

VON MATTHIAS AUER

Google bezahlt in Europa zu wenig Steuern, findet Brüssel. Das zu ändern ist aber schwieriger als gedacht. [Reuters]

Österreich drückt beim Thema EU-Digitalsteuer für Tech-Konzerne aufs Tempo. Erweisen wir Europa und seinen Firmen damit einen guten Dienst?
Deborah Schanz: Ich bin ganz stark davon überzeugt, dass das eine extrem schlechte Lösung ist. Die Digitalsteuer wird sehr schädlich für uns sein.

Warum sind Sie da so sicher?
Diese „Digital Service Tax“ ist extrem breit gestrickt. Da sollen Unternehmen besteuert werden, die mehr als 50 Millionen Euro digitalen Umsatz in der EU machen. Das sind einerseits die, an die man sofort denkt: Google und Amazon. Da aber schon das Sammeln und Verwerten von Daten besteuert werden soll, kämen auch viele andere Geschäftsmodelle in die Ziehung. Da trifft die Digitalsteuer plötzlich die ganze europäische Industrie.

Zum Beispiel?
Nehmen wir zur Illustration einen Hersteller von Schultaschen, ein zutiefst analoges Produkt, könnte man meinen. Heute aber sind viele Schultaschen mit Sensoren ausgestattet, die den Eltern die Möglichkeit geben, zu überwachen, ob das Kind sicher in der Klasse angekommen ist. Kommt die Digitalsteuer, könnte die Finanzverwaltung den Hersteller plötzlich fragen, wie viel die Kunden denn dafür zahlen, dass er Sensoren verbaut und Daten übermittelt. Das können aber die wenigsten Unternehmen auf Knopfdruck sagen. Sie müssten es also aufwendig von Beratern schätzen lassen. Dasselbe trifft auf jede Maschine und jedes Auto zu, das in der EU erzeugt wird. Auch sie produzieren Tausende von Daten – und die Firmen wissen meist nicht, wie viel sie daran genau verdienen.

Wie hoch schätzen Sie den Anteil der Firmen, die diese Steuer bezahlen müssten?
In jedem Fall wären fast alle Unternehmen in der EU betroffen. Denn auch die, die letztlich keine Steuer zahlen, hätten nachzuweisen, dass sie unter den jeweiligen Schwellenwerten liegen. Rein digitale Unternehmen können natürlich leicht sagen, wie hoch ihr Umsatz ist. Alle anderen haben einen enormen Bürokratieaufwand – unabhängig davon, ob sie dann zahlen müssen oder nicht. Da steht das Aufkommen der Steuer in keinem Verhältnis dazu.

Fakt ist, dass US-Digitalkonzerne in Europa nur halb so viel Steuern zahlen wie traditionelle Firmen. Ist es nicht verständlich, dass die Politik versucht, diese Schieflage zu begradigen?
Man muss es sehr ernst nehmen, wenn der Normalbürger das Gefühl entwickelt, dass es hier Steuerungerechtigkeit gibt. Natürlich muss die Politik hier überlegen, was sie tun kann. Das Problem ist, dass die bisher vorgelegten Vorschläge zu viele treffen, obwohl man für die Wähler eigentlich nur ein paar große Namen besteuern will. Wir müssen uns auch die Frage stellen, ob die Steuergesetze das richtige Mittel sind, um das zu lösen. Muss man nicht eher beim Datenschutz ansetzen oder regulieren, dass Daten geteilt werden müssen? Ich verstehe, dass die EU auch am Steuerrad drehen will. Aber schafft es Brüssel, hier nicht zu übersteuern? Die Vorschläge, die von der EU und gerade aus Österreich kommen, sind jedenfalls extrem überschießend.

Die aktuell diskutierte Umsatzsteuer ist ja nur Plan B. Mittelfristig soll das Konzept der digitalen Betriebsstätten gelten, damit Konzerne da Steuern zahlen, wo sie tätig sind. Ist der Ansatz besser?
Alle Pläne, die bisher auf dem Tisch sind, verfehlen ihr Ziel. Man kann das Betriebsstättenkonzept natürlich fortentwickeln, aber viel moderater, als es Brüssel plant.

Wie sähe eine Alternative aus?
Wir arbeiten in der Wissenschaft mit Hochdruck daran. Gute Lösungen könnten konkreter abgrenzen, was wirklich besteuert werden soll. Viele datenbasierte Geschäftsmodelle führen letztlich ja ohnehin zu einem realen Verkauf, der dann besteuert wird. Hier gibt es kein Thema, das mit einer Digitalsteuer gelöst werden müsste. Man muss sich nur um die Fälle kümmern, in denen nie Geld fließt. Bei digitaler Werbung wäre etwa sinnvoll, dass schon das Vermitteln von Onlinewerbung in einem Land genügt, damit das Unternehmen hier auch steuerpflichtig wird und nicht in irgendeinem Niedrigsteuerland, in dem vielleicht die Zentrale steht.

Damit würde die EU auch präziser die Geschäftsmodelle von Google und Facebook treffen.
Das stimmt, obwohl ich nie sagen würde, dass man speziell auf die Amerikaner abzielen sollte.

Implizit schwingt in der Debatte dennoch immer mit, dass es „die Amerikaner“ sind, die Europa hier etwas schulden. Wie sinnvoll ist es unter diesen Voraussetzungen für die EU, stillzuhalten und auf eine globale Einigung der OECD zu warten, wo die USA großen Einfluss haben?
Es ist absolut geboten, abzuwarten. Wenn Europa irgendwo im globalen Steuersystem herumschrauben will, dann hat das nur Sinn, wenn es internationale Rückendeckung gibt. Sonst kommt es zu Systembrüchen, Doppelbesteuerungen, und die Unternehmen im eigenen Land erleiden einen künstlichen Nachteil. Der Wille zu diskutieren ist da – auch bei den USA. Aber sehen wir doch einmal die andere Seite: Europa ist schwach bei digitalen Vermittlungsplattformen – und will sie besteuern. Umgekehrt klagen andere Staaten darüber, dass Deutschland so viel exportiert – und wollen dagegen Steuern erfinden. Das hat nichts mehr mit Steuergerechtigkeit zu tun. Jeder schaut nur durch seine Brille und versucht, ökonomische Defizite durch Steuern auszugleichen. Langfristig ist das kein guter Mechanismus.

Österreich plant im Zweifelsfall gar einen nationalen Alleingang.
Das ist eine ganz schlechte Idee. Es gäbe sofort Probleme mit der Doppelbesteuerung. Auch Unternehmen, die hierzulande Verluste schreiben, müssten die Steuer bezahlen. Und vor allem: die eigenen Unternehmen wären mit einer immensen Bürokratie belastet. Was Österreich da bei der Digitalsteuer macht, ist Harakiri. Vor allem, wenn es allein vorprescht. Dafür ist die Welt zu international.

ZUR PERSON

Deborah Schanz (*1975) ist Vorstand des Instituts für Betriebswirtschaftliche Steuerlehre an der Ludwig-Maximilians-Universität München. Am 22. 10. spricht sie beim Weis(s)en Salon zur Digitalsteuer. 18.00 Uhr, Presseclub Concordia. [Kubinska & Hofmann]

Berlin will Alternative zu Digitalsteuer

Deutschland. Finanzminister Scholz schlägt globale Mindeststeuer für Konzerne vor.

Wien. Seit vielen Monaten zieht sich in der EU die Diskussion über eine Digitalsteuer für Internetkonzerne hin. Jetzt verliert Bruno Le Maire die Geduld: „Es reicht mit dem Palaver, es reicht mit den Vorwänden“, schimpfte Frankreichs Finanzminister am Donnerstag – und meinte damit vor allem seinen deutschen Amtskollegen, Olaf Scholz. In Berlin ist man von der Sinnhaftigkeit einer solchen Steuer alles andere als überzeugt. Man fürchtet wenig Einnahmen, aber viel Ärger, vor allem mit Amerika.

Am Freitag aber ging der SPD-Politiker Scholz in die Offensive – mit einem neuen, anderen Plan: eine weltweite Mindeststeuer für Konzerngewinne. Das bestätigte ein Ministeriumssprecher nach einem Bericht des „Handelsblatts“. Das Modell sieht so aus: Wenn Gewinne einer Tochtergesellschaft im Ausland nur mit einem extrem niedrigen Satz besteuert werden, kann der Fiskus im Heimatstaat die Differenz zu einer vereinbarten Mindestschwelle kassieren (in Spezialfällen gibt es eine solche „Hinzurechnungssteuer“ in Deutschland bereits). Die neue Steuer würde alle Branchen betreffen, zielt aber primär auf digitale Geschäfte ab (bei ihnen ist es besonders leicht, Gewinne zu verschieben, etwa über Lizenzgebühren). Die Philosophie dahinter: Steuerwettbewerb ist nicht per se schlecht, brauche aber Untergrenzen, die nur international einheitlich funktionieren können. Die Deutschen haben ihren Vorschlag der OECD präsentiert, die nun die Bereitschaft der anderen Industriestaaten ausloten wird. Die USA sollen der Idee nicht abgeneigt sein. Auch die Steuerreform von US-Präsident Trump wirkt ja in die Richtung, Auslandsgewinne wieder stärker zu Hause zu besteuern.

Mit im Boot ist jedenfalls Frankreich. Allerdings sieht Le Maire den Vorschlag nicht als Alternative zu einer EU-Digitalsteuer, sondern als Ergänzung. Es wird also wohl weiter palavert. (red.)

recomm
Real Estate Leaders Summit
www.recomm.eu

„Wir sind Experten in dem was wir tun und nur mit andauernder Innovation können wir langfristig erfolgreich sein. Dazu gehört auch, dass wir ab und zu über den Tellerrand blicken und unser Wissen erweitern, z.B. auf der re.comm.“

CLAUS STADLER
UBM Development AG, Generalbevollmächtigter